



## Die Parteien stellen sich der Wohnungswirtschaft

In gut einem Monat ist es soweit – am 22. September 2013 wird der neue Bundestag gewählt. Die BBU-Nachrichten haben deshalb bei Kandidatinnen und Kandidaten nachgefragt:

**Welche Positionen vertreten die Parteien in Berlin-Brandenburg bei Fragen, die vor allem die Region betreffen?** In dieser Ausgabe haben wir für die Leserinnen und Leser der BBU-Nachrichten die Antworten aus dem Land Brandenburg zusammengestellt. In der nächsten Ausgabe folgen dann die Antworten aus Berlin. **Die Fragen für das Land Brandenburg:**

**?** **1. Der Stadtumbau Ost** war und ist die zentrale Herausforderung der Stadtentwicklung in den neuen Ländern. Um ihn als Erfolgsprogramm fortsetzen zu können, muss er bedarfsgerecht auf hohem Niveau bestehen bleiben. Wie ist Ihr Eindruck: Welche Maßnahmen sehen Sie, um das Programm weiterzuführen?

**?** **2. Klimaschutz und Energieeffizienz** sind mehr als nur die Gebäudedämmung. Im Mittelpunkt steht für die Wohnungswirtschaft dabei, dass Wohnen auch in Zukunft noch bezahlbar bleibt. Das wird nur mit wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen gelingen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die dezentrale Stromerzeugung und Speicherung zu verbessern?

**?** **3. Betriebs- und Heizkosten** sind überproportional gestiegen. Wesentliche Ursache hierfür sind stetig steigende Kosten für Energie, Wasser, Müllentsorgung und Grundsteuern. Diese Entwicklung verteuert Wohnen, ohne dass die Wohnungseigentümer hierauf Einfluss haben. Wird Ihre Partei sich für mehr Wettbewerb und Transparenz auf den Märkten für Energie, Wasser und Müllentsorgung einsetzen? Wie steht sie zur Frage (kommunaler) Monopole, beispielsweise in Form von Fernwärmevorrangsatzen?

**?** **4. Noch eine persönliche Frage:** Bundestagswahlkampf in recht großen Wahlkreisen ist sicherlich eine intensive Erfahrung. Gab oder gibt es Termine, die besonders Spaß machen oder vielleicht, wo man auch eher mit gemischten Gefühlen teilnimmt?

# Bündnis 90 / Die Grünen: Annalena Baerbock

Annalena Baerbock (\* 15. Dezember 1980 in Hannover) ist Vorsitzende des Landesverbands Brandenburg der Partei Bündnis 90 / Die Grünen.

## Antwort zu Frage 1, Stadtumbau Ost:

Damit unsere Städte lebendig bleiben und auch unsere Kinder in intakten Stadtstrukturen aufwachsen können, brauchen Kommunen weiterhin die Unterstützung vom Bund. Die Städtebauförderung und ihr Programm Stadtumbau Ost sind die wesentlichen Instrumente zur nachhaltigen Stadtentwicklung – daher kann ich die Mittelkürzung der Städtebauförderung nicht akzeptieren! Die Bundesförderungen müssen wieder auf den Stand von 2009, also auf 610 Millionen Euro jährlich, erhöht werden. Für das Städtebauförderprogramm wollen wir Grüne von Bundeseite aus 110 Millionen Euro bereitstellen.

## Antwort zu Frage 2, Klimaschutz und Energie:

Klimaschutz und bezahlbares Wohnen müssen endlich zusammen gedacht werden! Wir müssen eine integrative Förderkulisse schaffen, um energetische Sanierung, dezentrale Stromerzeugung und effiziente Speichermethoden angemessen zu finanzieren. Konkret wollen wir Grüne einen umfassenden und zielgruppengerechten Förderbalken auflegen, der neben der Bereitstellung von zwei Milliarden Euro jährlich für die KfW- Gebäudesanierungsprogramme auch einen Energiesparfonds in Höhe von drei Milliarden Euro enthält. Um die dezentrale Stromerzeugung zu erhöhen, müssen wir vor allem die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger stärker mit ins Boot holen. Wer eine dezentrale Energieversorgung will, der muss sich zudem gegen den Ausbau der Kohlekraft einsetzen. Unsere Alternative ist, dass Gaswerke als System-Back-Up Stromengpässe auffangen. Um Netzstabilität zu gewährleisten, müssen wir zudem die Forschung und Entwicklung von Pilotanlagen im Speicherbereich stärker forcieren.

## Antwort zu Frage 3, Betriebs- und Heizkosten

Die Märkte für Ver- und Entsorgungsdienstleistungen sind sehr unterschiedlich geregelt. Wir Grüne begrüßen prinzipiell mehr Wettbewerb und Transparenz auf den Märkten. Die Abfallentsorgung und Wasserversorgung sind kommunale Angelegenheiten. Wir sind der Meinung, dass diese zur Daseinsvorsorge gehören und wollen sie auch in kommunaler Aufsicht behalten. Die Kommunen sollen selber entscheiden, in welcher Weise sie

diese Aufgaben kostengünstig und ökologisch erledigen. Der Strommarkt ist eigentlich liberalisiert, dennoch besitzen die vier größten Stromversorger RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW zusammen mehr als 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten in Deutschland. Von einem fairen und funktionierenden Wettbewerb kann also keine Rede sein! Deshalb sage ich: Wir müssen die erneuerbaren Energien fördern, denn das erlaubt Stadtwerken, mittelständischen Unternehmen oder Privatpersonen, mit eigenen Kraftwerken in den Strommarkt einzusteigen. Der Anstieg bei der Wärmeversorgung ist vor allem durch den Preisanstieg für fossile Energieträger wie Steinkohle, Rohöl und Erdgas bedingt – also ein weiterer Grund, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Fernwärme kann, sofern sie aus klimafreundlichen und effizienten Energieanlagen stammt, zur Senkung des Energiebedarfs und zum Klimaschutz einen Beitrag leisten. Ihre Wirtschaftlichkeit hängt jedoch u. a. von der Zahl der angeschlossenen Abnehmer ab. In vielen Kommunen, auch in Brandenburg, werden daher zur Absicherung des wirtschaftlichen Betriebs auf der Grundlage des Landesrechts Vorranggebiete für Fernwärme ausgewiesen.

## Antwort zu Frage 4, Persönliche Eindrücke Bundestagswahlkampf:

Wahlkampf ist immer hektisch, wahnsinnig intensiv und mit hunderten Gesprächen; eigentlich Politik im Zeitraffer. Deshalb macht er mir auch so viel Spaß. Nur die Familie kommt etwas zu kurz dabei. Am meisten Freude bereiten mir Termine, bei denen man wirklich Zeit hat, mit seinem Gegenüber intensiv zu diskutieren.

Weniger amüsant finde ich die Politikrunden, wie man sie aus dem Fernsehen kennt. Es gibt angesichts der vielen Kandidatinnen und Kandidaten nie genug Zeit, dass man ein Argument auch mal gänzlich vorbringen kann und wenn es ganz blöde läuft, fallen sich alle auch noch ständig ins Wort. Zum Glück erlebe ich das aber eher selten.



# CDU: Jens Koeppen

Jens Koeppen (\* 27. September 1962 in Zeitz) ist Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Uckermark und seit 2002 Mitglied im Landesvorstand der CDU Brandenburg.

## Antwort zu Frage 1, Stadtumbau Ost:

Auf diese Frage antworte ich mit einem Zitat aus unserem Wahlprogramm. Dort heißt es: „Die Stadtumbauprogramme haben sich bewährt. Wir wollen sie zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und integrierten Stadtumbauprogramm zusammenführen. In das Programm sollen alle Akteure, insbesondere die Wohnungsgesellschaften, die privaten Immobilienbesitzer und die Gewerbetreibenden einbezogen werden.“ Kurz zusammengefasst: Wir werden es nicht nur fortführen, sondern verbessert fortführen. Die Festlegung der einzelnen Maßnahmen der Förderung erfolgt vor Ort mit den jeweiligen Ländern. Jede Stadt hat eine etwas andere Problemlage. Das muss bei den Maßnahmen berücksichtigt werden. Mein Wunsch darüber hinaus ist, dass wir auch ein Dorfumbauprogramm entwickeln.

## Antwort zu Frage 2, Klimaschutz und Energie:

Das EEG wird in der kommenden Förderperiode zu einem Innovationsförderinstrument umgebaut. Es wird dann nicht mehr der Zubau von Anlagen gefördert, sondern die Bereitstellung von nutzbarer Energie. Es werden damit ganz neue Anreize gesetzt, in die Entwicklung von Speichertechnologien zu investieren, aber auch den Netzausbau und die dezentrale Stromerzeugung besser miteinander zu verzahnen. Solarenergie wird besser nutzbar. Andere Ansatzpunkte sind auch weiterhin KWK oder Luft / Wasser-Wärmepumpensysteme.

## Antwort Frage zu 3, Betriebs- und Heizkostenentwicklung:

Wir als CDU unterstützen den Wettbewerb, wo dieser möglich und sinnvoll ist. Trinkwasser ist jedoch das entscheidende Lebensmittel. Die Trinkwasserversorgung und Entsorgung von Abwässern ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden daher dauerhaft sicherstellen, dass Städte und Gemeinden selbst darüber entscheiden können, ob sie diese Aufgabe eigenständig oder in Partnerschaft mit privaten Unternehmen wahrnehmen. Bei der Müllentsorgung haben wir in der laufenden Legislaturperiode Änderungen vorgenommen. Wir werden selbstverständlich prüfen, ob bei der Anwendung der neuen Regelungen durch die Kommunen der gewünschte Wettbewerb erreicht wird.

## Antwort zu Frage 4, Persönliche Eindrücke Bundestagswahlkampf:

Mein Wahlkreis ist meine Heimat, ich bin hier gern unterwegs. Das Gespräch mit den Bürgern oder Unternehmern sehe ich als Bereicherung. Deshalb mache ich jedes Jahr neben meinen Besuchen in Unternehmen, Schulen, Sportvereinen oder bei Senioren eine Sommertour über die Marktplätze der Städte und suche dabei den Austausch mit den Bürgern. Probleme aufnehmen und Entscheidungen erklären, ist während der gesamten Wahlperiode wichtig. Nur im Wahlkampf ansprechbar und vor Ort zu sein, ist wenig glaubhaft. Mein Lieblingstermin im letzten Monat war ein Besuch in der Kita „Kinderland“ in Schwedt anlässlich des „Tags der Kleinen Forscher“. Es ist toll zu sehen, wie die Kleinen spielend die Welt für sich entdecken. Frühförderung ist absolut wichtig!



# Die Linke: Diana Golze

Diana Golze (\* 18. Juni 1975 in Schwedt / Oder). Die Erziehungswissenschaftlerin kandidiert auf Listenplatz eins der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg.

## Antwort zu Frage 1, Stadtumbau Ost:

An die Stelle von Standortvermarktung muss eine langfristig orientierte Stadtentwicklungspolitik treten. Dazu gehört vor allem eigene finanzielle Gestaltungskraft der Kommunen zur Kofinanzierung öffentlicher und privater Mittel sowie zur eigenständigen Steuerung von Stadtumbauprozessen. Die inhaltliche Gestaltung kann nicht von zentral vorgegebenen Maßnahmen bestimmt werden. Sie muss von den Kommunen ausgehen, orientiert an deren konkreten Entwicklungsperspektiven. Nicht mehr der Rückbau, sondern der bedarfsgerechte Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur

muss im Fokus des Stadtumbaus liegen. Der Stadtumbau Ost muss schon jetzt weit über 2016 hinausgehend angelegt und durch eine Strategie des sozial ökologischen Umbaus der Städte und des städtischen Lebens geprägt werden.

#### Antwort zu Frage 2, Klimaschutz und Energie:

Wir setzen auf ein reformiertes Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zur Förderung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und auf eine Offensive im Bereich „Forschung & Entwicklung“ zu Stromspeichern. Notwendig ist zudem eine Initiative zur Förderung von Blockheizkraftwerken, die zentral gesteuert werden und über das sogenannte Schwarmstromkonzept schnell und preiswert CO<sub>2</sub> im Gebäudebereich einsparen. Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung sollen zukünftig ein integriertes Konzept von Energieeinsparung und -effizienz sowie den Einsatz erneuerbarer Energien zur Bedingung machen.

#### Antwort zu Frage 3, Betriebs- und Heizkostenentwicklung:

Wir treten für die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören auch wohnungswirtschaftliche Dienstleistungen durch kommunale Eigenbetriebe. Die sollen selbstverständlich wirtschaftlich arbeiten, jedoch nicht vordergründig renditeorientiert, sondern gemeinwohlorientiert. Als leistungsfähiges Pendant zu den großen Konzernen der Energie-, Wasser-, und Müllwirtschaft könnten regionale Ver- und Entsorger ein echter Wettbewerbsfaktor sein und dem Preisdruck der großen Monopolisten entgegen wirken. Dort, wo Fernwärmeverrangungen dazu beitragen, die Wohnkosten zu senken und zugleich ökologische Effekte erzielt werden, sollten sie – demokratisch kontrolliert – eingesetzt werden. Dabei müssen die Belange der örtlichen Wohnungswirtschaft berücksichtigt und in verbindliche regionale Ver- und Entsorgungskonzepte einbezogen werden.



#### Antwort zu Frage 4, Persönliche Eindrücke Bundestagswahlkampf:

Im Wahlkampf gibt es keine grundsätzlich anderen Termine, als in den vier Jahren zwischen der Wahl, es werden nur mehr und man trifft öfter mit seinen politischen Mitbewerber/innen zusammen. Spaß machen mir vor allem Termine, bei denen man direkt mit den Menschen ins Gespräch kommt. Podiumsdiskussionen, bei denen die meisten Anwesenden nur zum Zuhören verdonnert sind, mag ich dagegen weniger.

## FDP: Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann

Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann (\* 27. Januar 1956 in Vetschau/ Spreewald) und ist auf Platz eins der FDP-Landesliste im Land Brandenburg.

#### Antwort zu Frage 1, Stadtumbau Ost

Besonders in strukturschwachen und schrumpfenden Regionen wächst die Bedeutung des städtischen Kerns. Denn hier können technische und soziale Einrichtungen zentral und damit relativ kostengünstig aufrechterhalten werden. Wir wollen daher die lokalen Zentren – für Menschen jeden Alters und aller Lebenslagen attraktiver machen und eine weitere Zersiedelung – die uns alle teuer zu stehen kommt, wenn wir weniger und älter werden – verhindern. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität in den Städten muss weiter verbessert werden. Für die zukunftsfähige, städtebauliche Entwicklung stehen u. a. der altengerechte, barrierefreie Umbau von Wohnungen und Infrastruktur, Wohnquartiere für Familien mit Kindern attraktiver machen, die Städte als Wirtschafts- und Innovationsstandort zu stärken und das Zusammenwirken von kommunaler Planung und privaten Investoren zu verbessern im Mittelpunkt unserer Politik. Zur Verwirklichung dieser Förderziele wird von der FDP unter anderem auch das Programm „Stadtumbau Ost“ bevorzugt.

#### Antwort zu Frage 2, Klimaschutz und Energie:

Was die Energiespeicherung betrifft, ist die FDP der Überzeugung, dass die Gewinnung von Energie aus unterschiedlichen, nicht erschöpfbaren Energiequellen und ihre feste Einbindung in verschiedenartige Energieversorgungssysteme sich erst dann wirtschaftlich und somit auch ohne marktferne Unterstützung durchsetzen wird, wenn die erzeugte Energie zuverlässig zur Verfügung steht und – dem tatsächlichen Bedarf

angepasst – kontinuierlich abgerufen werden kann. Die FDP schließt in ihrem forschungspolitischen Ansatz zur Energiespeicherforschung grundsätzlich keine Technologieentwicklung aus. Vielmehr tritt sie für eine Einbeziehung aller Formen von Energiespeichern ein, die ihrem Ansatz nach für den Einsatz in einem künftigen Energieversorgungssystem Deutschlands dienlich sein können.

#### Antwort zu Frage 3, Betriebs- und Heizkostenentwicklung:

Die FDP sieht die Kommunalwirtschaft als natürlichen Partner der Politik für die Fortentwicklung der Marktwirtschaft. Unverändert steht dem die Feststellung nicht entgegen, dass wir zur Wahrnehmung der Ver- und Entsorgungsaufgaben in den Kommunen faire Wettbewerbsbedingungen brauchen. Dies betrifft insbesondere auch die Kreislauf-, Wasser und Energiewirtschaft. Bei den künftigen Weichenstellungen kommt es auch darauf an, dass die Fronten zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Marktteilnehmern sich nicht weiter verhärten, sondern dass gangbare Wege für vernünftige und pragmatische Lösungen im Weg eines konstruktiven Dialogs gefunden werden.

#### Antwort zu Frage 4, Persönliche Eindrücke Bundestagswahlkampf:

Als Direktkandidat in einem großen Wahlkreis, zugleich Spitzenkandidat in einem großflächigen Land wie Brandenburg, ist eine doppelte Herausforderung. Manchmal hätte ich gerne das „Beamen“ erfunden, um mir die Fahrt zu ersparen. Allerdings kann ich auf langen Strecken mit der Bahn auch gut lesen, arbeiten und mich auf die Termine vorbereiten. Besonders gerne komme ich bei den Terminen mit Bürgern in Dialog, höre mir deren Sorgen an und kann aus meiner Erfahrung Ratschläge geben oder Kontakte vermitteln. Besonders spannend sind auch Termine mit Kindern und Jugendlichen. Diese Generation muss im Fokus unserer Politik stehen, Bildung und Familie sind für mich zentrale Werte. Manche Termine machen weniger Spaß, besonders wenn die Zuhörer mir keine Chance geben, meine Position zu erläutern. Da passiert mir leider manchmal, weil ich auch der Einladung von Organisationen folge, die „versteckt“ mit einer anderen Partei fest verbunden sind.



## SPD: Dagmar Ziegler

Dagmar Ziegler (\* 28. September 1960 in Leipzig) ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag und vormalige Landesministerin, u.a. für Finanzen.

#### Antwort zu Frage 1, Stadtumbau Ost:

Das Programm Stadtumbau Ost ist Bestandteil der Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung. In den Jahren 2002 bis 2012 wurden insgesamt 2,7 Milliarden Euro für den Stadtumbau Ost zur Verfügung gestellt, davon allein 1,3 Milliarden Euro aus dem Haushalt der Bundesregierung. Eine Fortsetzung des Programms läuft bereits: Das erfolgreiche Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost (Phase I 2002 bis 2009) startete 2010 in die zweite Etappe (2010 bis 2016). Die Teilprogramme Abriss und Aufwertung laufen unverändert weiter, ebenso das in der 1. Programmphase eingeführte Teilprogramm „Rückbau städtischer Infrastruktur (RSI)“. Mit einer Evaluierung und Bestandsaufnahme zu einem geeigneten Zeitpunkt muss anschließend entschieden werden, ob, wie und mit welcher Feinjustierung das Programm weiter fortzuführen ist.

#### Antwort zu Frage 2, Klimaschutz und Energie:

Für die Wohnungswirtschaft auch und gerade im Geschosswohnungsbau sind Blockheizkraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplungstechnik die effizienteste Energienutzung. Diese Anlagen werden durch das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz gefördert. Der produzierte Strom wird vom Netzbetreiber vergütet, auch wenn er im Haus selbst verbraucht wird. Die eingesetzte Energie (zumeist Gas) wird zu über 90 Prozent in Wärme und Strom umgesetzt. Im Winter, wenn die Anlage durchläuft, kann es sinnvoll sein, den über den Eigenverbrauch hinaus produzierten Strom zu speichern. Wir wollen mit einem Speichergesetz dafür sorgen, dass diese Speicher wirtschaftlich werden und die bürokratischen Hemmnisse für den Eigenverbrauch fallen – Stichwort Gewerbesteuerprivileg. In solche Anlagen können auch Photovoltaikanlagen auf dem Dach mit eingebunden werden. Auch die Mieter sollen in den Genuss von billigerem selbst produziertem Strom kommen.

#### Antwort Frage zu 3, Betriebs- und Heizkostenentwicklung:

Mehr verordneter Wettbewerb wird das Problem von steigenden Energiepreisen (Wasser und Müll ist rein kommunal geregelt) nicht lösen. Mehr Wechselbereitschaft der Kunden hingegen kann den Preisanstieg dämpfen. Gegenwärtig muss der gesamte Umbau des Energieversorgungssystems finanziert werden. Um diesem Preisanstieg entgegen zu wirken, wollen

wir die Energiesteuer absenken und für kleine Verbräuche sogar ganz streichen. Damit gibt der Staat etwas von dem zurück, was er durch den Anstieg von Umlagen hinzugewonnen hat. Des weiteren fördern wir die Energieeffizienz, denn durch geringeren Verbrauch sinkt auch die Energierechnung. Und – warum muss eigentlich der Strom auf Mieterseite, hingegen Wasser, Müll und Heizung aber auf Vermieterseite bezogen werden? Gerade wenn in einem Haus Eigenstrom produziert wird, kann der Vermieter über Sonderverträge für seine Mieter günstigere Konditionen erzielen, wenn er bereit ist, diese Anlage durch den Netzbetreiber steuern zu lassen. Dazu fehlen bislang noch die rechtlichen Voraussetzungen. Wir werden diese schaffen. Einen Anschlusszwang bei Fernwärme lehnen wir ab. Im Wettbewerb der Heizsysteme ist die Fernwärme klar im Vorteil. Sie ist effizienteste und somit günstigste Wärmeversorgung. Da die Wirtschaftlichkeit dafür spricht, braucht es keinen Vorrang.

#### Antwort zu Frage 4, persönlichen Eindrücken Bundestagswahlkampf:

Gerade in einem großen Wahlkreis gibt es immer neue Erfahrungen zu sammeln. Ich freue mich immer, während Terminen vielen unterschiedlichen Menschen in meinem Wahlkreis zu begegnen und ihre Geschichte zu hören. Spaß macht es vor allem dann, wenn ich Menschen helfen, unterstützen und Probleme lösen kann und vor Ort erlebe, was meine Arbeit alles bewirken kann.

*DIE FRAGEN STELLTEN DENISE JUNKER UND MARIO HILGENFELD*

